



Großbritannien

Britisches Königshaus erneut Empfängerin von dubiosem Geld

Nachdem der britische Thronfolger bereits von einem früheren Premierminister aus Katar Barggeld in Millionenhöhe erhalten hat, wurde nun bekannt, dass auch die Familie Osama bin Ladens in Spenderlaune gewesen ist.

Der britische Thronfolger Prinz Charles hat eine Spende über eine Million Pfund (1,19 Mio. Euro) von Halbbrüdern des Terroristen Osama bin Laden angenommen. Das Geld ging an die Wohltätigkeitsorganisation Prince of Wales Charitable Fund, wie britische Medien berichteten.



Der älteste Sohn von Queen Elizabeth II. habe sich im Oktober 2013 in seiner

Londoner Residenz Clarence House mit dem saudischen Unternehmer Bakr bin Laden getroffen. Mehrere Berater hätten den britischen Thronfolger aufgefordert, das Geld nicht anzunehmen oder zurückzuzahlen. Charles habe aber ihre Bedenken ignoriert, dass die Spende sein Ansehen beschädigen könnte.

Osama bin Laden, einer der Drahtzieher der Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 mit Tausenden Toten und Gründer von Al Kaida, wurde am 2. Mai 2011 von US-Spezialeinheiten in Pakistan getötet. Es gibt keine Hinweise, dass Bakr bin Laden und sein Bruder Shafiq in die Attentate verwickelt waren oder Terrorismus unterstützen.

Es ist nicht das erste Mal, dass Charles wegen einer Spende für seine Stiftung kritisiert wird. Erst vor wenigen Monaten hatte die „Sunday Times“ berichtet, dass der Queen-Sohn zwischen 2011 und 2015 insgesamt drei Millionen Euro in bar vom katarischen Ex-Ministerpräsidenten Scheich Hamad bin Dschasim Al Thani angenommen habe. Eine Million sei in einem Koffer, weitere Beträge in Einkaufstaschen eines bekannten Luxuskaufhauses verstaut gewesen.

Deutschland

Münchener Oberbürgermeister trifft sich mit Vertretern der „Grauen Wölfe“

Der Oberbürgermeister Münchens, Dieter Reiter, betont immer wieder, dass er sich „gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt“ einsetze. Nun zeigt eine Recherche der deutschen

Zeitung „Die Welt“, dass sich der SPD-Politiker im Rahmen von Besuchen türkischer



Unternehmer in München mit mehreren Führungsfiguren der Grauen Wölfe ablichten ließ. Darunter ist etwa der Vorsitzende des Türkischen Erziehungs- und Bildungswerks in Bayern. Der Verein gehört dem hierzulande größten Dachverband der Grauen Wölfe an.

Reiters Antworten auf Nachfragen von Journalisten war eher schmallippig. Er nahm zu den Grauen Wölfen kein einziges Wort in

den Mund und teilte lediglich mit, dass er für die dritte Corona-Impfung werben wollte und es zu seinem Job gehöre, Wünschen nach Selfies nachzukommen.

Natürlich kann der Oberbürgermeister einer Millionenstadt nicht jeden türkischen Rechtsextremen kennen. Er sollte aber wissen, dass Graue Wölfe Fotos mit demokratischen Politikern seit Jahrzehnten nutzen, um sich selbst als harmlos darzustellen. Und er sollte sich wenigstens mit klaren Worten distanzieren, wenn er mit der Aufwertung von Nationalisten konfrontiert wird.

Dieter Reiter ist keine inhaltliche Nähe zu den Grauen Wölfen vorzuwerfen. Aber ein naiver politischer Umgang. Wenn der Münchner SPD-Mann sich mit deutschen Rechtsextremen hätte ablichten lassen, wäre seine Stellungnahme wohl anders ausgefallen.

Palästinenserpräsident Abbas wirft Israel „Holocaust“ vor

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat mit Holocaust-Vorwürfen an die Adresse Israels während einer Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin Empörung ausgelöst und auch seinen Gastgeber in Erklärungsnot gebracht. "Ein unfassbarer Vorgang im Kanzleramt. Der Bundeskanzler hätte dem Palästinenserpräsidenten klar und deutlich widersprechen und ihn bitten müssen, das Haus zu verlassen!", twitterte CDU-Chef Friedrich Merz.

Die Äußerungen von Abbas waren zum Ende der Pressekonferenz am Dienstagnachmittag gefallen und von Scholz nicht mehr kommentiert worden. Der Kanzler meldete sich aber noch am Abend zu Wort. "Gerade für uns Deutsche ist jegliche Relativierung des Holocaust unerträglich und inakzeptabel", sagte er der Bild-Zeitung. Nach Darstellung des

Kanzleramtes war Scholz über die Äußerungen seines Gastes empört gewesen und hatte eigentlich unmittelbar reagieren wollen. Regierungssprecher Steffen Hebestreit hatte die Pressekonferenz aber planmäßig nach der letzten Antwort von Abbas beendet.

Abbas war während der Pressekonferenz gefragt worden, ob er sich zum 50. Jahrestag des von palästinensischen Terroristen verübten Attentats auf die israelische Olympiamannschaft in München bei Israel entschuldigen werde. Hintergrund der Frage ist die Tatsache, dass Abbas 1972 Schatzmeister der PLO gewesen ist und mutmaßlich die Finanzierung der Münchner Terroristen kontrollierte. "Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen",



antwortete der Palästinenserpräsident. Dann fügte er hinzu: "50 Massaker, 50 Holocausts." Tagtäglich würden Menschen von der israelischen Armee getötet. "Wenn wir weiter in der Vergangenheit wühlen wollen, ja bitte", sagte er. Auf die eigentliche Frage ging er nicht ein.

Abbas setzte während der Pressekonferenz die israelische Besatzung auch mit der südafrikanischen Rassentrennung zur Zeit der Apartheid gleich, stieß damit aber unmittelbar auf Widerspruch von Scholz. "Ich will ausdrücklich hier an dieser Stelle sagen, dass ich mir das Wort Apartheid nicht zu eigen mache und dass ich das nicht für richtig halte für die Beschreibung der Situation", sagte Scholz. Abbas hatte zuvor gesagt, die "Umwandlung in die neue Realität eines einzigen Staates in einem Apartheid-System" diene nicht der Sicherheit und Stabilität in der Region.

Österreich

Anklage gegen sechs Männer wegen Beteiligung an Wiener Terroranschlag

Eineinhalb Jahre nach dem islamistischen Terroranschlag in Wien, bei dem der vier Menschen getötet und etliche weitere verletzt wurden, hat die Staatsanwaltschaft ihre Anklage fertiggestellt. Demnach müssen sich insgesamt sechs Beschuldigte vor Gericht verantworten. Bis auf eine Person befinden sich alle seit Monaten in Untersuchungshaft.

Die sechs Personen hätten den Terroranschlag vom 2. November 2020



"ermöglicht, erleichtert, abgesichert oder in einer anderen Weise gefördert", heißt es in der Anklageschrift.

Ein Angeklagter reiste mit dem Attentäter in die Slowakei, um Munition zu kaufen; ein anderer habe ihn "aus Anlass eines Abschiedsbesuchs in seinem Entschluss zur Tatbegehung bestärkt". Ein dritter habe ihn bei der "Auswahl seines Anschlagsziels aktiv unterstützt" und ein Abschiedsposting positiv kommentiert.

Ein vierter Angeklagter habe den Anschlag mit dem Attentäter geplant sowie "Tatwaffen samt Munition und weiterer Anschlagsutensilien" vorbereitet, ein weiterer habe ihm die Waffen und Munition übergeben. Der sechste Beschuldigte wird angeklagt, weil er den "Waffen- und Munitionskauf" mitorganisiert haben soll.

Die Anklageschrift legt eine deutlich engere Tatbeteiligung der Beschuldigten nahe, als bisher bekannt war. Geladen werden laut Anklageschrift mehr als 20 Zeugen.

Israel/Türkei

Aufnahme von diplomatischen Beziehungen

Israel und die Türkei wollen vollständig ihre diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen.

Beide Länder hätten entschieden, Botschafter und Generalkonsule wieder einzusetzen, teilte das Büro



des israelischen Ministerpräsidenten Jair Lapid. Dies sei Ergebnis von Lapids Besuch in Ankara im Juni und eines Gesprächs mit dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan.

„Die Wiederaufnahme von Beziehungen mit der Türkei ist ein wichtiger Gewinn für regionale Stabilität und eine wichtige wirtschaftliche Nachricht für die israelischen Bürger“, sagte Lapid demnach.

Die Wiedereinrichtung voller diplomatischer Beziehungen sei die Fortsetzung eines Annäherungsprozesses innerhalb des vergangenen Jahres, hieß es weiter. Mit Herzog war im Mai erstmals seit zehn Jahren wieder ein israelischer Präsident in die Türkei gereist.

Zwischen den einst engen Bündnispartnern Türkei und Israel war es 2010 zum Zerwürfnis gekommen, nachdem bei der Erstürmung eines Gaza-Solidaritätsschiffs durch die israelische Marine zehn türkische Staatsbürger getötet worden waren. 2016 kam es zu einer ersten Wiederannäherung. Seit der Gaza-Krise 2018 aber, die rund um die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem eskaliert ist, hatten die beiden Länder keine Botschafter mehr im jeweils anderen Land.